



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 10.12.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Schließung stationäre Tourist Information im MIK - Weiterentwicklung Betriebskonzept MIK (Vorberatung)	Vorl.Nr. 330/25
-------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Zu beschließen im BATEL: Die stationäre Tourist Information schließt am 31.12.2026.
2. Zu beschließen im BS: Das Ludwigsburg Museum übernimmt ab dem 01.01.2027 die Aufgabe „Aufsicht im MIK-Foyer“ und die Räumlichkeiten der Information entsprechend der Kostenkalkulation von max. 150.000 € (Anlage 1).
3. Zu beschließen im BS: Der Fachbereich Kunst und Kultur wird beauftragt, neue Nutzungsmöglichkeiten für den Verkaufsraum zu prüfen und das MIK-Betriebskonzept ohne Tourist Information weiterzuentwickeln (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Es erfolgt keine Abstimmung zu Ziffer 2 und 3.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft sie Tagesordnungspunkt 1 auf.

EBMin **Schmetz** teilt mit, dass in der gestrigen Sitzung des Betriebsausschusses Tourismus & Events Ludwigsburg zu Ziffer 1 eine mehrheitliche Beschlussempfehlung an den Gemeinderat gefasst worden sei.

EBMin **Schmetz** ruft den Antrag der FW-Fraktion Nr. 416/25 auf und verliest den Antragstext. Sie erteilt der antragstellenden Fraktion das Wort.

Stadtrat **Peifer** erläutert den Antrag und will über diesen abstimmen lassen. Er regt an, die Ziffern 2 und 3 der Vorlage zu vertagen.

Stadtrat **Meyer** geht auf die gestrige Beratung in der Sitzung des Betriebsausschusses Tourismus & Events Ludwigsburg ein und wünscht heute eine inhaltliche Diskussion.

EBMin **Schmetz** stellt den Antrag der FW-Fraktion zur Abstimmung.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag Nr. 416/25 wird mit 3 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat Taskin
Stadträtin Dr. Traub

Im Anschluss gehen der **stellvertretende Geschäftsführer** des Eigenbetriebes Tourismus & Events Ludwigsburg und die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereiches Kunst und Kultur anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** geht auf die Konzeption der Nachnutzung ein. Die inhaltliche Gestaltung werde dem Gremium im Frühjahr 2026 vorgestellt.

Die Fraktion um Stadtrat **Medinger** werde der Vorlage nicht zustimmen. Er regt an, einen Infostand am Arsenalplatz einzurichten. Die Ersparnis von 50.000 Euro werde als zu gering angesehen und der Personalaufbau im Fachbereich Kunst und Kultur bemängelt. Er bittet um weitere Kostensenkung und um eine Konzeption eines attraktiven Infostandes zwischen Bahnhof und Innenstadt.

Stadtrat **Meyer** signalisiert seine große Wertschätzung an die Vortragenden. Er geht auf die gestrige Diskussion in der Sitzung des Betriebsausschusses Tourismus & Events Ludwigsburg ein. Das MIK und die Tourist Info habe für die Innenstadt eine große Bedeutung. Das schicke Gebäude müsse gepflegt werden, wenngleich er die Eingangssituation als Nachteil sieht. Zwischen Bahnhof und dem Marktplatz müsse es einen Infostand geben. Die zurückgehenden Besucherzahlen seien auch auf die eingeschränkten Öffnungszeiten zurückzuführen. Die finanzielle Entlastung bei TELB könne nicht separat gesehen werden, da der Eigenbetrieb, wie auch der Fachbereich Kunst und Kultur, zur Stadt gehören. Ein gemeinsames Ticketing sei sinnvoll. Er wünscht ein Konzept zur Stärkung des MIK. Ziffer 1 stehe im ursächlichen Zusammenhang mit Ziffer 2 und 3. Seine Fraktion werde der Vorlage im Gemeinderat nicht zustimmen.

Stadtrat **Peifer** steht weiterhin hinter dem gestrigen Beschluss zu Ziffer 1 und einer Anlaufstelle im Schloss. Die Kosten müssen weiter gesenkt werden, so seine Forderung.

TELB und MIK solle nicht gegeneinander ausgespielt werden, sagt Stadtrat **Prof. von Stackelberg**. Er geht auf die geplanten Veränderungen innerhalb der Verwaltung ein und merkt an, dass die Städtepartnerschaften, wie auch die Wirtschaftsförderung, künftig bei TELB verortet seien. Mit dieser Änderung sei seine Fraktion nicht glücklich. Mit der Tourist Info verschiebe man Kosten, die bisher bei TELB buchhalterisch eingepreist waren. Er sieht diese Kostenverschiebung als nicht sinnvoll an. Seine Fraktion habe noch keine klare Meinung zum Beschluss. Viele

Fragen seien noch offen. Er wünscht heute keine Abstimmung. Er fragt, wer das Besucherforum im Schloss betreibe und welche Kosten, wie Miete, auf die Stadt zukommen. Das momentane Verkaufsangebot im MIK sei sehr gut. Zudem sei die Mitarbeiterfrage ungeklärt, wie auch welche Aufgaben das Aufsichtspersonal künftig übernehmen müssten. Der Gastronomiebetrieb benötige eine gewisse Besucherfrequenz. Man müsse neue Synergien schaffen. Die Co-Working Arbeitsplätze bringen nicht die gewünschte Frequenz. Die Bündelung des Ticketverkaufs sei sinnvoll. Das Konzept und die Einsparsumme überzeugen noch nicht und die heutige Entscheidung solle verschoben werden.

Stadträtin **Dötterer** wünscht ebenso eine Verschiebung der Entscheidung. Eine Tourist Info in der Stadt sei weiterhin notwendig, nicht nur digital.

Stadträtin **Allerborn** könne heute keine abschließende Bewertung abgeben. Sie wünscht Informationen zur Beratung aus der gestrigen Sitzung.

In der gestrigen Sitzung sei ein Empfehlungsbeschluss zu Ziffer 1 gefasst worden, so EBMIn **Schmetz**. Die Konzeption für die Räumlichkeiten werde noch ausgearbeitet. Die Co-Working Station sei eine mögliche Refinanzierungsidee, wenngleich man von einer überschaubaren Summe ausgehe. Das bisherige Angebot mit einer Frequenz von 14.000 Besuchenden sei nicht auszugleichen, es sei denn man etabliere einen Frequenzbringer. Das Nutzerverhalten werde sich künftig immer mehr verändern, dennoch werde man digital nicht alle erreichen könne und müsse hierfür müsse ebenso ein Angebot schaffen.

Der **stellvertretende Geschäftsführer** des Eigenbetriebes Tourismus & Events Ludwigsburg merkt an, dass man bereits im vergangenen Jahr auf dem Arsenalplatz präsent gewesen sei. Man versuche mit einem mobilen Counter die Menschen über die Innenstadt zu informieren. Das moderne Besucherzentrum im Residenzschloss gebe es bereits, ohne Kostenbeitrag für die Stadt. Derzeit gebe es auf dem Weihnachtsmarkt in Frankreich eine große mobile Kampagne. TELB wolle sich auf gewinnbringende Aufgaben konzentrieren. Ticketing habe man bewusst abgeschafft, da die Gebühren sehr hoch seien, ausgenommen sind die LSF und die Spielzeit. Weiter geht er auf den Shop ein und merkt an, dass in Kooperation mit dem LKZ-Kundencenter derzeit ein Pilotprojekt laufe. Die Kommune sei kein Einzelhandel und in der Stadt gebe es viele Verkaufsstellen. Die reduzierten Öffnungszeiten haben wenig Auswirkung auf die Besucherstatistik. Es werde keine Kündigungen für die Mitarbeitenden geben. Die touristische Information müsse zu den Touristen kommen und dort ansetzen, wo sich die Besuchenden bewegen.

EBMin **Schmetz** geht auf das Ticketing ein. Eine telefonische Beratung für die Forum Spielzeit und die LSF sei weiterhin möglich. Die Medien sollen zu den Touristen kommen, an die Orte, wo sie sich aufhalten. Die künftige Konzeption sehe Eventtage an verschiedenen Orten vor. Hierfür sei deutlich weniger Personal erforderlich und könne aus dem Bestandspersonal getragen werden. Neben dem Merchandising habe bisher die Tourist Info unter anderem auch eine Aufsichtsthematik übernommen. EBMIn Schmetz stellt fest, dass noch weiterer Informationsbedarf bestehe. Aus dem Gremium wird mehrfach gebeten, heute keinen Empfehlungsbeschluss zu fassen. EBMIn Schmetz greift diesen Wunsch auf. Sie bietet an, für Rückfragen am Montag in den Fraktionssitzungen zur Verfügung zu stehen.

Beratungsverlauf:

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt und geht auf die Mitteilungsvorlage ein.

EBMin **Schmetz** eröffnet die Aussprache.

Die Gesundheitsförderung habe einen hohen Stellenwert, lobt Stadträtin **Dr. Traub**. Gesundheit bestimme im Leben vieles und die Investition in die Gesundheit der Bevölkerung bringe eine hohe Rendite. Man brauche eine Interaktion von Politik und Fachwissen, wie auch Bundes- und Landesgesetze. Die Menschen sollen zu einem selbstbestimmten Handeln befähigt sein und die gesundheitliche Ungleichheit müsse verringert werden. Gesundheitsförderung spiele in vielen Bereichen, unter anderem im Klimaschutz oder Radwegebau, eine Rolle. Sie erläutert das Angebot von Doc direkt und die Einschätzung eines telemedizinischen Arztes, hierzu könne die Kommune unterstützend die Bürgerschaft informieren.

Stadtrat **Peifer** lobt die Verwaltung. Er fragt, wie viele Mitarbeitende im Fachbereich involviert seien. Er regt an, Fitnessgeräte auf der Bärenwiese aufzustellen. Zudem interessiert ihn, wer die Angebote für die städtischen Mitarbeitenden organisiere.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** dankt allen Beteiligten für das gute und umfangreiche Programm. Dennoch müsse man sich aufgrund der aktuellen Haushaltslage auf die originären Aufgaben der Kommune besinnen. Viele Organisationen bieten ähnliche Angebote an. Er plädiert an die Eigenverantwortung der Menschen. Er wünscht die Zugänglichkeit der Sportstätten. Zudem sollen die Spielplätze auch für ältere Menschen attraktiv gestaltet werden und zugänglich sein.

Die Arbeit erreiche viele Menschen lobt Stadträtin **Dötterer**. Sie fragt, welche Maßnahmen für die mentale Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen wirksam sei.

Gesundheit sei wichtig und hänge stark vom sozioökonomischen Status ab, sagt Stadträtin **Allerborn**. Gesundheitsvorsorge solle das soziale Ungleichheiten abmildern und allen Bevölkerungsgruppen die gleiche Chance auf Gesundheit ermöglichen. Die Angebote seien breit aufgestellt, lobt sie und freut sich, dass sich die Stadt dieser freiwilligen Aufgabe widmet. Sie fragt, ob Beratungsangebote für Menschen mit Behinderungen berücksichtigt seien. Sie weist auf lange Wartezeiten und Personalmangel beim Breitensport in Sportvereinen, vor allem im Kinder- und Jugendbereich, hin. Diese Problematik müsse von der Stadt beobachtet, gesteuert und unterstützt werden.

Stadtrat **Meyer** geht auf die Hebammenthematik ein und merkt an, dass der Kreis die Gründung von Hebammenpraxen unterstütze. Eine attraktivere Gestaltung der Schulhöfe könne als Bewegungsmöglichkeit für Kinder geschaffen werden, regt er an.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein. Lediglich eine Personalstelle

übernehme die Arbeit, wie auch die Netzwerke und die Zusammenführung der Institutionen. Auch wenn dies keine Pflichtaufgabe sei, wolle man die Bevölkerung unterstützen. Sie geht insgesamt auf die Schwierigkeiten im Gesundheitssystem ein.

Man habe heute einen kleinen Ausschnitt präsentiert, sagt der **Leiter** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport. Die Personalkosten seien, mit einer Vollzeitstelle, gut investiert. Fitnessgeräte gebe es bereits an verschiedenen Orten in der Stadt. Die Annahme sei eher gering. Die Callanetics-Anlagen werden dagegen gut frequentiert. Das betriebliche Gesundheitsmanagement sei beim Fachbereich Organisation und Personal verortet. Die Sportflächen seien ausgelastet und voll belegt. Die Sportvereine haben Probleme ehrenamtliche Helfer zu finden.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereiches Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf das Angebot „Aktiv im Park“ ein und merkt an, dass im Sinne von WIN LB Angebote und Kosten reduziert worden seien. Zum Thema mentale Gesundheit wolle man spezielle Angebote für pubertierende Mädchen anbieten.

EBMin **Schmetz** schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 3

Maßnahmen zur Bedarfsplanung
Kindertageseinrichtungen für das
Kindergartenjahr 2026/2027
- Ergebnisse Elternumfrage

Vorl.Nr. 336/25

Beschluss:

Den beantragten Änderungen des Betreuungsangebots laut Anlage 1 für das Kindergartenjahr 2026/27 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Peifer
Stadtrat Taskin

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, auf die Vorlage ein.

EBMin **Schmetz** informiert über die Trägerkonferenz und teilt mit, dass die Träger mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen. Sie eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** geht auf die Platzvergabe ein und fragt, ob durch die erweiterten Zugriffs- und Verteilungsrechte sich die Situation verbessert habe.

Stadträtin **Bilger** geht auf die Erhebung der Berufstätigkeit ein und wünscht eine Differenzierung. Eine Berufstätigkeit solle Voraussetzung sein und geprüft werden. Ganztagsbetreuung sei gut und richtig. Eine fußläufige Erreichbarkeit der Einrichtung und Betreuung innerhalb des Schulbezirks werde gewünscht. Sie fragt nach der Entwicklung der Aufnahme in der Kindertagesstätte Jägerhofallee.

Die Zufriedenheit mit der Einrichtung solle neben dem Bedarf ebenso abgefragt werden, fordert Stadträtin **Moersch**.

Die Elternumfrage sei ein wichtiges Instrument, sagt Stadtrat **Gekeler** und fragt, in welchem Format die Umfrage erfolgt sei. Er meint, dass die Betreuungszeiten von 7:30 Uhr bis 14:30 Uhr und 8 Uhr bis 15 Uhr am häufigsten nachgefragt werden.

Stadträtin **Dötterer** fragt, ob für die Familien in Poppenweiler weiterhin eine wohnortnahe Betreuung sichergestellt sei und wie künftig der Personalbedarf abgedeckt werden könne.

EBMin **Schmetz** geht auf die offenen Fragen ein und antwortet auf die Frage zur Belegung der Jägerhofkindertagesstätte, dass man mit der Startphase sehr zufrieden sei und man bis zu einer Vollbelegung in der Regel von einem Jahr ausgehe. Weitgehend seien die Schul- und Kindertagesstätten- Bezirke identisch. Die Auswertung der zentralen Platzvergabe erfolge frühestens nach einem Jahr. Eine Zufriedenheitsabfrage sei im Jahre 2017 erfolgt. Diese sei sehr aufwendig und umfangreich, gibt sie zu bedenken. Rückmeldungen erfolgen unter anderem über Elternabende und die Gesamtelternbeiräte sowie über die Träger selbst.

Der Schwerpunkt liege bei einer digitalen Abfrage, antwortet der **Leiter** des Fachbereiches Bildung und Familie auf die Frage des Formates. Es seien alle Eltern aufgefordert worden, im Bedarfsfall auch analog.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Bildung und Familie geht auf die Berufstätigkeit ein und teilt mit, dass in 40% der Fälle beide Elternteile berufstätig seien.

Stadträtin **Shoaleh** stellt fest, dass 60 % der Eltern weniger als 6 Stunden arbeiten und dennoch eine längere Betreuungszeit wünschen.

Es müsse auch die Fahrtzeit zur Arbeitsstätte berücksichtigt werden, so EBMin **Schmetz**.

Stadträtin **Allerborn** fragt, ob Notbetreuungen aufgrund außerplanmäßiger Schließ- und geänderter Öffnungszeiten erfasst seien.

Dies sei nicht erfasst und könne separat vorgestellt werden, sagt EBMin **Schmetz**. Man habe den Bedarf abgefragt.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** wünscht ebenso mehr Information zur

Notbetreuung. Zudem fragt er, ob Biregio weiterhin für die Erfassung der Statistiken beauftragt werde oder ob die Verwaltung dies selbst leisten könne. Er sehe hier eine Einsparmöglichkeit.

Man werde vorerst weiterhin auf Biregio zurückgreifen, sagt EBMin **Schmetz**. Eine fachspezifische Analyse und die Erfahrungskompetenz sei weiterhin erforderlich, zumindest für die nächste Auswertung. Die Erprobung und Paralleluntersuchung hierzu sei noch nicht abgeschlossen.

Nach dieser Aussprache lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen

EBMin **Schmetz** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.